

Das Magazin der CDU Frankfurt | Juni 2025 | 47. Jahrgang | € 2,10

FRANKFURT MAGAZIN



**Politikwechsel für
Deutschland und Frankfurt**



03

Editorial

Dr. Nils Köbler

04

Aus der Partei

Jahresempfang 2025
Wahlkampf und Bundestagswahl

10

Aus dem Bundestag

Dank an Bettina Wiesmann
Aktuelle Bundespolitik

12

Aus dem Landtag

Michael Boddenberg

13

Junge Union

14

Politischer Aschermittwoch

15

Neue Fachausschüsse

16

Aus der CDU-Fraktion im Römer

22

Wir gratulieren

23

Nachrufe



Friedrich Merz im Römer

Noch war er nicht Kanzler, als wir ihn im Römer trafen. Friedrich Merz, seltener, aber hochgeschätzter Gast in Frankfurt nahm teil an einer Preisverleihung im Kaisersaal. Dass die CDU Frankfurt ihn am Rande der Veranstaltung an den Main lud, war nur folgerichtig. Wir freuen uns, wenn Friedrich Merz wieder kommt: nun als Kanzler.

Foto: Sven Moschitz

Liebe Freundinnen und Freunde der Frankfurter CDU,

eine neue Bundesregierung hat unter Bundeskanzler Friedrich Merz ihre Arbeit für Deutschland aufgenommen. Endlich: Unser Land hat wieder eine stabile Regierung mit klarem Kurs – ein Zustand, auf den wir in den chaotischen Ampel-Jahren lange gewartet haben.

Der Weg dahin war nicht leicht und gerade für uns in Frankfurt leider auch mit Enttäuschungen verbunden. Im Wahlkampf haben wir als Frankfurter CDU gleichwohl Stärke und Geschlossenheit bewiesen. Mein Dank gilt an dieser Stelle noch einmal allen, die sich mit vollem Einsatz engagiert haben, d.h. unseren beiden unermüdlichen Wahlkreis-Kandidaten Yannick Schwander und Leopold Born ebenso wie den vielen Parteimitgliedern, welche die beiden in den Wochen vor dem 23. Februar begeistert unterstützt haben. Gemeinsam haben wir gezeigt: Als CDU wollen wir Deutschland aus der Krise heraus- und wieder an die Spitze führen. Umso ärgerlicher ist es, dass Leopold Born und Yannick Schwander mit der größten demokratischen Legitimation aus ihrem jeweiligen Wahlkreis hervorgegangen und trotzdem aufgrund des von der Ampel hinterlassenen neuen Wahlrechts nicht in den Bundestag eingezogen sind. Die neue Koalition von CDU, CSU und SPD hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die sogenannte „Zweitstimmendeckelung“, die Ballungsräume wie Frankfurt strukturell benachteiligt, anzupassen. Das ist dringend erforderlich und muss so schnell wie möglich angegangen werden!

Unterdessen haben wir als Frankfurter Union mit den Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2026 begonnen: Die Stadtbezirksverbände haben bereits ihre Kandidaten für die Ortsbeiräte aufgestellt. Den richtigen Weg für Frankfurt zeigen wir in unserem Wahlprogramm für die Jahre 2026 bis 2031 auf, das schon als Entwurf vorliegt und auf dem Kreisparteitag Ende Juni verabschiedet werden soll. Frankfurt braucht den Wechsel: Die vergangenen Jahre unter der Römer-Koalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt haben unsere Stadt spürbar ausgebremst. Der Wohnungsbau kommt kaum voran, viele Schulen sind baulich in einem schlechten Zustand und die Menschen fühlen sich unsicherer als früher, gerade zur Nachtzeit. Die Verkehrspolitik folgt einem



Dr. Nils Köbler

ideologischen Umerziehungsprogramm für mündige Bürger, gleichzeitig fehlt Frankfurt immer noch das notwendige und zukunftsfähige Gesamtkonzept. Statt überzeugender Lösungen erleben wir kleintellige Symbolpolitik. Und konstruktive Vorhaben wie der von der hessischen Landesregierung vorgestellte 7-Punkte-Plan für das Bahnhofsviertel werden von der Römer-Koalition überheblich zurückgewiesen. Die Frankfurter CDU ist bereit, wieder Verantwortung zu übernehmen und unsere Stadt voranzubringen!

Einen unverzichtbaren Beitrag zum Wahlprogramm haben übrigens die CDU-Fachausschüsse geliefert, deren Leitungen wir im Frühjahr neu besetzt haben und die wir in dieser Ausgabe noch einmal vorstellen. Die erste Jahreshälfte hatte auch sonst einiges zu bieten: Unseren Jahresempfang 2025 durften wir auf dem Schiff „Wappen von Frankfurt“ verbringen, wo wir in guter Gesellschaft und mit der abendlich beleuchteten Frankfurter Skyline im Blick zusammen mit unserem Ehrengast Christina Stumpp den Endspurt für den Bundestagswahlkampf eingeläutet haben. Auch unser traditioneller Politischer Aschermittwoch in Harheim fand wieder viel Resonanz, diesmal sprach Alon Meyer zu uns, der Vorsitzende von TuS Makkabi Frankfurt und Makkabi Deutschland. Zu beiden Veranstaltungen finden Sie einige Schnappschüsse und weitere Informationen in diesem Heft.

Mit herzlichen Grüßen

Nils Köbler

Dr. Nils Köbler
Kreisvorsitzender der
CDU Frankfurt am Main

Klare Worte beim Jahresempfang der CDU

Am 4. Februar 2025 lud die CDU Frankfurt zum traditionellen Jahresempfang ein, der in diesem Jahr auf einem Schiff der Primus-Linie stattfand. Neben zahlreichen Parteimitgliedern und Gästen aus der Frankfurter Stadtgesellschaft konnte Frankfurts CDU-Partei- und Fraktionschef Dr. Nils Köbler die stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Christina Stumpp MdB, als Hauptrednerin begrüßen. In ihrer Rede fand sie klare Worte und thematisierte zentrale politische Herausforderungen – von der Wirtschaftslage bis zur Migrationspolitik.

Verbale Abrüstung und politische Kultur

Ein zentrales Anliegen des Abends war der respektvolle Umgang in der politischen Debatte. Die Frankfurter Direktkandidaten zur Bundestagswahl Leopold Born und Yannick Schwander machten deutlich, dass die Verrohung der politischen Kultur besorgniserregende Ausmaße angenommen habe. Born berichtete von persönlichen Anfeindungen und mutwilliger Zerstörung seiner Wahlplakate. „Meine Familie macht sich Sorgen, wenn ich bei Infoständen auftrete“, schilderte er eindrücklich. Die CDU forderte daher mehr Respekt im politischen Diskurs und einen sachlichen Austausch jenseits von Diffamierungen.



In gutem Einvernehmen: die stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Christina Stumpp MdB, mit Dr. Nils Köbler, Partei- und Fraktionsvorsitzender



Klare Worte der stellv. Generalsekretärin für einen Politikwechsel

Kritik an der Ampel-Regierung und wirtschaftliche Herausforderungen

Christina Stumpp sprach in ihrer Rede über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und fand deutliche Worte für die aktuelle Bundesregierung. „Die letzten dreieinhalb Jahre haben Deutschland nicht gutgetan“, stellte sie fest und verwies auf die anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Zwei Jahre in Folge Rezession, eine zwischenzeitliche Inflation von sieben Prozent sowie eine Arbeitslosenzahl von drei Millionen – das seien alarmierende Zahlen. Sie äußerte Zweifel an der Fähigkeit von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), das Land wirtschaftlich wieder auf Kurs zu bringen.

Migration: CDU fordert striktere Maßnahmen

Ein weiteres zentrales Thema des Abends war die Migrationspolitik. Stumpp sprach sich für dauerhafte Grenzkontrollen, Zurückweisungen an den Grenzen sowie verschärfte Maßnahmen gegen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder aus. Sie verwies auf die Fußball-EM 2024, während der durch Grenzkontrollen über 9000 unerlaubte Einreisen verhindert und knapp 1800 Haftbefehle vollstreckt worden seien. „Man sieht, dass es funktioniert“, betonte sie.

Auch tragische Einzelfälle unterstrichen aus Sicht der CDU die Notwendigkeit einer restriktiveren Politik. Stumpp erinnerte an den tödlichen Messerangriff auf einen zweijährigen Jungen in Aschaffenburg, der während eines Kita-Ausflugs attackiert wurde. „Man konnte eine Stecknadel fallen hören“, schilderte sie die bedrückende Atmosphäre im Bundestag, als über die Tat berichtet wurde.

Blick in die Zukunft: Klare Kurssetzung für die CDU

Mit Blick auf die politische Zukunft machte Stumpp deutlich, dass sie eine Koalition mit drei Partnern, wie sie aktuell auf Bundesebene existiert, für problematisch halte. „Drei Partner sind eine Katastrophe“, stellte sie fest und betonte, dass die CDU mit der Partei zusammenarbeiten werde, mit der „am meisten CDU möglich“ sei – eine Zusammenarbeit mit der AfD schloss sie dabei kategorisch aus.

Ein gelungener Auftakt für das politische Jahr

Der Jahresempfang der CDU Frankfurt bot den Teilnehmern eine Gelegenheit, sich auszutauschen und Netzwerke zu stärken. Inhaltlich war der Abend geprägt von klaren politischen Botschaften, die sowohl die Herausforderungen als auch die Lösungsansätze der CDU für die kommenden Jahre skizzierten.



Großer Einsatz, auch für die politische Kultur: Yannick Schwander (links), Leopold Born, unsere Bundestagskandidaten im Talk mit der Stadtverordneten Christina Ringer

Mit einem klaren Kurs und der Betonung auf Sachlichkeit und Respekt in der politischen Auseinandersetzung machte die CDU Frankfurt an diesem Abend deutlich, wofür sie steht – und wohin sie steuern will.

Thorsten Weber

Ein neuer Generalsekretär



Leopold Born

Kaum liegt die Bundestagswahl hinter uns, gibt es auch schon wieder großartige Neuigkeiten für die CDU Frankfurt. Bis zum 23. Februar 2025 noch selbst aktiv im Wahlkampf für den Frankfurter Bundestagswahlkreis, ist Leopold Born vom CDU Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Boris Rhein, zum Generalsekretär der CDU Hessen berufen worden. Leopold Born hat sich durch seine engagierte Arbeit und sein tiefes Verständnis für politische Prozesse für diese Aufgabe qualifiziert. Über die Schüler Union, die Junge Union auf Kreis- und Landesebene, den Kreisvorstand der CDU Frankfurt, als Mitglied im Ortsbeirat und Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Ostend, hat Leopold Born Politik aus der Basis heraus gelernt. Wir sind stolz darauf, dass ein Mitglied unserer CDU Frankfurt nun eine so bedeutende Rolle auf Landesebene übernimmt und freuen uns auf die Impulse, die er von dieser wichtigen Position aus setzen wird. Wir wünschen viel Erfolg und Gottes Segen für diese Aufgabe.

Thorsten Weber

Alle in einem Boot

Impressionen vom Jahresempfang



Politikerinnen in Gespräch - v.l.n.r.: Evangelia Georgalis, Vorsitzende CDU Dornbusch-Ginnheim, Christina Stumpp MdB, stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Christina Ringer, Stadtverordnete – im Vordergrund Sara Steinhardt, stellv. Bundesvorsitzende und Kreisvorsitzende der Frauen Union



Jung, weiblich, modern –
Dr. Nils Köbller und seine CDU



Volle Kraft voraus – v.l.n.r.: Leopold Born, Christina Stumpp, Yannick Schwander, Martin-Benedikt Schäfer

Aus der Partei



Schiffahrt mit vielen Gästen



Gefragter Gesprächspartner Staatssekretär Uwe Becker



v.l.n.r.: Dr. Nils Köbler,
Christina Stumpp, Eleonore
Heuer, Prinz zu Löwen-
stein, ehemaliger Fraktions-
vorsitzender, Andrea zu
Löwenstein



Die scheidende Bundestagsabgeordnete Bettina Wiesmann



Fachgespräche mit Stephan Siegler, ehrenamtlicher Stadtrat



Gut aufgestellt: abendliche Materialausgabe in der Tiefgarage

... und plötzlich war Wahlkampf



...mit Material



...mit Mützen



...mit Promis

Sie haben gekämpft, zu Wasser und zu Land, sie waren elegant, freundlich, sachlich, kenntnisreich. Sie waren wie Brüder zum Schluss: ein jeder konnte des Anderen Auftritt, Gestik, Rede. Leopold Born sagte einmal: Ich kann Yannicks Rede auch halten – und Yannick Schwander ging es nicht anders. Man sah sie an manchen Tagen, dreimal, viermal auf den unterschiedlichen Bühnen und Podien dieser Stadt und sie waren die Besten, Bestaussehenden, Erfolgreichsten.

Diese Hymne musste jetzt einmal geschrieben werden.

Der Wahlkampf unserer Bundestagskandidaten war großartig – aber ohne die Wahlkreis-Teams wären die beiden diese herausfordernde Strecke nicht gelaufen. Und so soll vielen gedankt werden in diesem Heft: Ivan Condic und Claudia La Pula, Evangelia Georgalis, Tom Rausch, Claudia Ehrhardt, allen Stadtverordneten, allen Vereinigungen, allen Stadtbezirken – und einer Kreisgeschäftsstelle, die den überraschenden, verkürzten Winterwahlkampf unermüdlich flankierte.

Yannick Schwander und Leopold Born haben gekämpft und gewonnen. Dass sie verloren haben, ist ein anderes Thema. Ein Thema, dessen sich die neue Bundesregierung alsbald annehmen wird.

Claudia Korenke

So sehen Sieger aus:

Vereint am zentralen Infostand



Dr. Nils Köbler, Partei- und Fraktionsvorsitzender, gratuliert

Begeisterter Beifall bei der Wahlparty der CDU



... und lebhaftes Interesse der Medien





Bettina Wiesmann

Bettina Wiesmann: Herzlichen Dank an ein politisches Multi-Talent!

Zum Ende der 20. Legislaturperiode hat sich auch die engagierte Frankfurterin Bettina Wiesmann als Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag verabschiedet – und mit ihr eine überzeugte Christdemokratin, eine leidenschaftliche Familienpolitikerin sowie eine starke Stimme für unsere Stadt in Berlin.

Seit ihrem ersten Wahlerfolg im Jahr 2009 als Direktkandidatin für den Hessischen Landtag hat Bettina Wiesmann die politische Bühne unserer Stadt und unseres Landes entscheidend mitgeprägt: Auf den ersten Wahlsieg im Wahlkreis 38 (Bornheim, Nordend, Ostend) folgte 2013 die Wiederwahl. Zuvor war sie von 2006 bis 2009 Mitglied und stellvertretende Ortsvorsteherin im Ortsbeirat 3. Im Hessischen Landtag engagierte sie sich u.a. als Sprecherin für Familienpolitik, frühkindliche Bildung und Betreuung, außerdem als Mitglied der Ausschüsse für Wissenschaft und Kunst, für Kulturpolitik sowie für Sozial- und Integrationspolitik.

2017 zog Bettina Wiesmann in den Deutschen Bundestag als Abgeordnete für den Frankfurter Norden, Osten und Süden ein (Wahlkreis 138). Auch nach der Bundestagswahl 2021, bei der die CDU in Frankfurt beide Mandate verlor, ließ sie nicht locker: Als Nachrückerin kehrte sie 2024 noch einmal in den Bundestag zurück und vertrat die Interessen unserer Stadt bis zuletzt mit großem Einsatz. Dabei arbeitete sie etwa im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit.

Das politische Wirken von Bettina Wiesmann wurde stets von einem klaren Kompass geleitet, ihr war vor allem der Einsatz für Familien, Kinder und Jugendliche, für Bildung, Zusammenhalt und gesellschaftliche Verantwortung besonders wichtig. Als Familienpolitikerin setzte sie im Hessischen Landtag ebenso wie im Deutschen Bundestag wichtige Akzente, etwa mit der Reform des Jugendmedienschutzes, ihrer Arbeit in

der Kinderkommission, dem Hessischen Kinderförderungsgesetz (das bis heute Grundlage der Kinderbetreuung in unserem Land ist) oder dem jüngst beschlossenen UBSKM-Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Nicht zuletzt als Mitglied der Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie in den Berliner Koalitionsverhandlungen galt ihr besonderes Augenmerk stets den sozialen Themen.

Auch in und für Frankfurt verfolgte Bettina Wiesmann nachhaltig ihre politischen Schwerpunkte. So hat sie sich über Jahre hinweg für die Campusmeile, die Ansiedlung der AMLA sowie den Fernbahntunnel eingesetzt. Dabei hat sie nie vergessen, wie wichtig eine aktive Bürgerbeteiligung für eine funktionierende Demokratie ist. Deshalb engagiert sie sich bis heute für den Bürgerverein Demokratieort Paulskirche.

Bettina Wiesmann hat bei ihrer parlamentarischen Arbeit stets eine sachorientierte und wertegeleitete Politik vertreten – mit Herz, Verstand und Haltung. Dabei hat sie konsequent den Kontakt zu den Menschen in Frankfurt gesucht und gepflegt. Auch in schwierigen Phasen zeigte sie klare Positionen und Verantwortung; die letzte Entscheidung des 20. Deutschen Bundestags, die Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse im Grundgesetz zu befreien, trug sie mit.

Wir danken Bettina Wiesmann von Herzen für ihren langjährigen Einsatz, ihre Tatkraft und ihre unermüdete Arbeit. Der Frankfurter CDU und dem Leben unserer Stadt bleibt sie in vielfältiger Weise verbunden, beispielsweise als Vorsitzende des Bürgervereins Demokratieort Paulskirche. Für ihren weiteren Weg wünschen wir Glück, Gesundheit und Gottes Segen!

Dr. Nils Kößler

Verantwortung bedeutet auch Geschlossenheit



Norbert Altenkamp MdB

Am Dienstag ist im Deutschen Bundestag das geschehen, was nie geschehen sollte. Einige Abgeordnete haben die Anonymität der Abstimmung genutzt, um dem eigenen künftigen Kanzler und damit auch dessen Regierung selbst zu schaden. Friedrich Merz ist als Kanzlerkandidat erst im zweiten Wahlgang erfolgreich gewesen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wer ihm im ersten Wahlgang seine Stimme verweigert hat. Aber eines ist sicher: Union und SPD müssen in den kommenden vier Jahren an einem Strang ziehen, um das Vertrauen der Wähler nicht zu verlieren. Denn: Verantwortung übernehmen heißt auch: geschlossen handeln.

Dass diese Koalition funktionieren kann, zeigt der Koalitionsvertrag vom 9. April. Er ist das Ergebnis vier Wochen harter und intensiver Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD. Der Vertrag enthält auch Kompromisse, die nicht jedem schmecken. Aber in einer Koalition müssen nun einmal Kompromisse gemacht werden. Ohne die geht es nicht.

Der Vertrag ist eine gute Grundlage, um die gewaltigen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, anzugehen. Die Weltwirtschaft insgesamt ist – auch und gerade durch Trumps erratische Zollpolitik – nicht gut zuwege, und auch Deutschland geht es nicht gut. Unser Ziel ist es, das Wachstum wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen. Das ist unsere klare Priorität.

Um die Ausgabenunlust der Konzerne zu überwinden, planen wir einen „Investitionsbooster“. Stufe eins sieht vor, dass Unternehmen, die Geld in die Modernisierung und den Ausbau von Gebäuden, Maschinenparks und Fahrzeugflotten stecken, die ent-

sprechenden Kosten 2025, 2026 und 2027 zu jeweils 30 Prozent steuermindernd geltend machen können. Die Ausgaben wären also über drei Jahre – und damit deutlich schneller als bisher – fast vollständig abgeschrieben. Daran anschließend soll dann von 2028 an der Körperschaftsteuersatz über fünf Jahre von heute 15 auf zehn Prozent reduziert werden.

In diesem Lichte kann nun auch das 500 Mrd. Euro Finanzpaket gesehen werden, welches über einen Zeitraum von 12 Jahren unsere Infrastruktur zu erhalten und verbessern verspricht. Die Vorbehalte einiger gegen diese enorm hohen Schulden sind nachvollziehbar. Aber wir brauchen diese Investitionen in Verkehr und Infrastruktur und wir brauchen sie jetzt. Auch hier gilt: Es braucht Zuverlässigkeit und Planungssicherheit für Unternehmen, die die entsprechenden Kapazitäten vorhalten müssen, um diese Investitionen realisieren zu können.

Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und unseren Stärken – kreative Unternehmerinnen und Unternehmer sowie engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – wollen wir den Standort Deutschland nach vorne bringen, Wachstumskräfte durch strukturelle Reformen freisetzen und den Wohlstand für alle mehren.

Aber auch bei den Themen Sicherheit, Staatsmodernisierung, Bürokratieabbau und Leistungsgerechtigkeit sieht der Koalitionsvertrag klare Maßnahmen vor. Diese gilt es nun, zügig umzusetzen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deutschland bekommt wieder eine Politik für die hart arbeitende Mitte.

Norbert Altenkamp, MdB



Michael Boddenberg MdL

Unsere Mannschaft für die Wirtschaftspolitik

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

als Ihr Abgeordneter aus dem Frankfurter Süden wirke ich innerhalb des Hessischen Landtags mittlerweile wieder an neuer und zugleich „alter Stelle“: Im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, dessen Vorsitz ich seit der letzten Landtagswahl innehabe, war ich bereits vor meiner Zeit als Minister von 1999 bis 2009 engagierter Vertreter für die wirtschaftspolitischen Interessen Frankfurts. Ob in der Finanzwirtschaft, beim Wohnungsbau oder Luftverkehr – trotz oder gerade angesichts aktueller Herausforderungen geht Hessen entschlossen mit konkreten Schritten voran.

Bereits im vergangenen Jahr stand mit dem Einsatz für die Helaba als eine starke Landesbank am Finanzplatz Frankfurt die Erfüllung eines erklärten Ziels der Hessischen Landesregierung an: Mit der Erhöhung der Beteiligung des Landes Hessen am Stammkapital der Helaba konnten die neuen regulatorischen Bedingungen erfüllt und die Rolle der Helaba als Anstalt des öffentlichen Rechts deutlich gestärkt werden. Mit der Änderung des Frspa-Gesetzes bekennt sich der Hessische Landtag zudem zur Frankfurter Sparkasse als regional verankertem Kreditinstitut. Damit bleibt – unabhängig von der weiteren Entwicklung auf Ebene der Landebanken – gewährleistet, dass die Frankfurter Sparkasse als derzeit hundertprozentige Tochter der Helaba in regionalen Händen verbleibt.

Konkrete Gesetzesänderungen stehen aktuell insbesondere in der Bauwirtschaft an: Mit der geplanten Novelle der Hessischen Bauordnung (HBO) sollen gleich 18 Vorschläge der praxisnahen Expertenkommission „Innovation im Bau“ umgesetzt werden. Denn

der Handlungsbedarf ist hoch: Seit 2021 sind die Baukosten in Hessen um ein Drittel gestiegen, gleichzeitig haben sich die Baugenehmigungen halbiert. Die wesentlichen Änderungen der HBO zielen darauf ab, den Bestandsumbau zu erleichtern und insgesamt die Bauprozesse und Verwaltungsabläufe zu entbürokratisieren. Bauen und die Schaffung von Wohnraum werden damit zukünftig schneller und günstiger möglich.

Als Vertreter des Frankfurter Südens und Aufsichtsratsvorsitzender der Fraport AG ist mir zudem der Frankfurter Flughafen ein Herzensanliegen. Mit dem Entschließungsantrag „Luftverkehr zukunftssicher aufstellen“ betont der Hessische Landtag die außerordentliche wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Flughafens, möchte den Markthochlauf synthetischer Flugkraftstoffe (PtL) absichern und mahnt gleichzeitig die Reduzierung staatlicher Kosten an. Aus Frankfurter Sicht erfreulich: Die Rücknahme der Erhöhung der Luftverkehrssteuer und die Absenkung der nationalen PtL-Quote haben es bereits in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung geschafft.

Ich freue mich auf unsere nächste Begegnung – ob im Wahlkreis, bei der CDU Frankfurt oder in Wiesbaden!

Herzliche Grüße

Ihr
Michael Boddenberg
Staatsminister a. D.

Wiedergewählt

Tom Rausch erneut JU-Vorsitzender

Rund eine Woche vor der Bundestagswahl stand für die Junge Union Frankfurt eine weitere wichtige Wahl an: Bei der alljährlichen Kreisdelegiertenversammlung samt Neuwahl des Kreisvorstands am 15.02.25 wurde Tom Rausch einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Die Versammlung, die sich im „Dribbde Markt“ im Sachsenhäuser Brückenviertel traf, stellte zudem ihr Kernteam für die Kommunalwahlen 2026 auf. Neben dem Kreisvorsitzenden werden auch die Mitglieder Apolline Reimers, Bruno Rhein, Amir Andusa, Marius Hegmann und Marie-Therese Schmidt das Gesicht der JU Frankfurt für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung sein.

Doch zunächst stand die Versammlung ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Für den örtlichen CDU-Bundestagskandidaten Leopold Born war die Veranstaltung in mehrfacher Hinsicht ein Heimspiel: Als Amtsvorgänger von Tom Rausch und Landesvorsitzender der JU Hessen bedankte Born sich für den unermüdlichen Einsatz der Jungen Union Frankfurt im Wahlkampf. Motivierende Worte fand neben einigen befreundeten JU-Kreisverbänden auch der örtliche Landtagsabgeordnete und Staatsminister a. D. Michael Boddenberg, der vor Ort zu Gast war. Die Kreisdelegiertenversammlung war sich trotz - oder gerade angesichts - des polarisierenden Wahlkampfes einig: In einer Demokratie darf nicht nur übereinander, sondern muss auch miteinander gesprochen werden. Der wiedergewählte Kreisvorsitzende Tom Rausch rief die anwesenden Mitglieder dazu auf, gemeinsam auf Menschen zuzugehen, um Inhalte zu ringen und auch Konflikte auszuhalten.



v. l. n. r.: Apolline Reimers, Amir Andusa, Henning Beyer, Vincent Rehart, Jonathan Hertel, Tom Rausch, Florian Amend, Bruno Rhein, Tanja Rausch, Ida Stenglein (weitere Vorstandsmitglieder: Marie-Therese Schmidt, Johanna Diertl, Roman Kloß)

Unterstützt wird der Kreisvorsitzende von seinen Stellvertretern Apolline Reimers, Florian Amend, Bruno Rhein und Amir Andusa. Zum neuen Schatzmeister wurde Vincent Rehart gewählt, Marie-Therese Schmidt ist neue Geschäftsführerin und Henning Beyer neuer Schriftführer des Kreisverbands. Den Kreisvorstand komplettieren die Beisitzer Johanna Diertl, Jonathan Hertel, Roman Klos, Tanja Rausch und Ida Stenglein sowie Daniel Neubarth als Vertreter im Bezirksvorstand. Das gesamte Team, das sich aus Mitgliedern der vier Stadtbezirksverbände der JU Frankfurt zusammensetzt, erhielt hervorragende Ergebnisse und kann die anstehenden Aufgaben im kommenden Jahr geschlossen angehen.

Dabei steht vor allem die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Frühjahr 2026 im Vordergrund. Denn nach der Bundestagswahl steht für die Junge Union Frankfurt fest: Es braucht ein Ampel-Aus endlich auch in Frankfurt! (red)



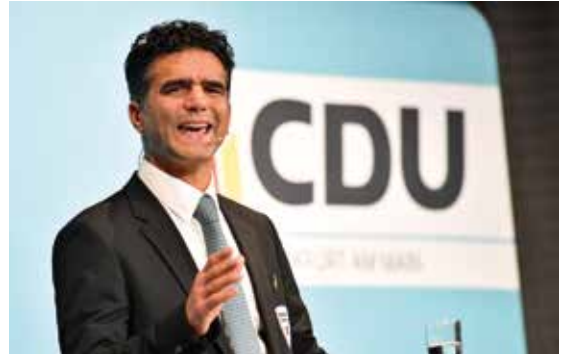
Unsere Leistungen:

- Klasse B, BE & A Ausbildung
- Fahrstunden auf einem Simulator
- Fahrauffrischung
- Theorie-Intensivkurse in den Schulferien
- Jede Woche Prüfungen
- Lernmaterial- Smartphone & Drivers Cam App
- ASF und Fahreignungsseminar

Fahrschule Wolff GmbH
Thudichumstraße 42, 60489 Frankfurt
Telefon: 069 / 76 68 88 Fax: 069 / 78 07 99 15
info@wolff-fahrschule.de
www.wolff-fahrschule.de



Herzlichen Dank an den Musikverein Harheim für das musikalische Rahmenprogramm!



Entschieden und bewegend: Makkabi-Präsident Alon Meyer warnt vor Antisemitismus

Aufrütteln und Klartext

Präsident von Makkabi beim Politischen Aschermittwoch

Ein politischer Aschermittwoch steht per Definition für Klartext, dafür keine Rücksicht auf andere Parteien und Politiker zu nehmen und für „Hauruck-Reden“. Das große Vorbild hierfür ist das alljährliche Treffen der CSU in Passau, doch auch der traditionelle politische Aschermittwoch der CDU Frankfurt in Harheim weist diese Prinzipien auf. Dass es anders gehen kann, bewiesen die Frankfurter Christdemokraten in diesem Jahr.

Es war zwar nicht weniger Klartext und es war gewiss eine „Hauruck-Rede“, aber es war keine politische Schlagabtausch-Rede oder eine Auseinandersetzung mit anderen Parteien, die die Zuhörerinnen und Zuhörer geboten bekamen. Vielmehr war es ein Appell, der in unserer heutigen Zeit niemals ungehört bleiben darf. Alon Meyer, Mitglied der jüdischen Gemeinde Frankfurts und Präsident von Makkabi Deutschland, schilderte die Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland und rief zum entschiedenen Kampf gegen Antisemitismus auf.

Meyer, der pointiert redete, zeichnete dabei keineswegs die ganz große Linie. Er half sich nicht mit altbekannten Floskeln, die man so gern in Sonntagsreden nutzt. Alon Meyer schilderte alltägliche Begebenheiten. Er beschrieb Erlebnisse, die Jüdinnen und Juden im Deutschland des Jahres 2025 widerfahren sind und nahezu täglich widerfahren. Genau dies machte seine Rede so eindrücklich. Dieser Umstand aber machte die Dringlichkeit im Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland auch noch einmal sehr klar.

Wenn das Tragen einer Kippa oder des Davidsterns an der Halskette zu einem Risiko für die jeweilige Person wird, dann läuft etwas gewaltig schief in unserem Land. Wenn jüdische Sportvereine Spiele und Wettbewerbe absagen müssen, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden kann, dann hat unsere Gesellschaft versagt.

Wenn ganze Viertel zu sogenannten „No-Go-Areas“ für Jüdinnen und Juden werden, dann haben wir das viel zitierte „Nie Wieder“ nicht umgesetzt. Diese und weitere Appelle lassen sich aus Alon Meyers Rede ableiten. Er konnte für diese und weitere Situationen diverse Belege liefern und schaffte so eine Aufmerksamkeit im Saal, die mit großem Applaus bedacht wurde.

Nein, es war gewiss kein „typischer Aschermittwoch“, den die Gäste in Harheim erlebten. Es war aber in jedem Fall ein aufrüttelnder Bericht und vielleicht so etwas wie eine letzte Warnung an alle Beteiligten, endlich zu handeln und sich nicht auf Sonntagsreden zu beschränken. Auch das gehört zu einem politischen Aschermittwoch: Eine Rede mit einer klaren Botschaft. Hierfür danken wir Alon Meyer sehr und hoffen, dass alle Gäste die Botschaft nicht nur mitnahmen, sondern im eigenen Umfeld auch umsetzen.

Yannick Schwander



Man kann ihm nicht genug danken: Dr. Nis Kössler überreicht Alon Meyer ein Geschenk

Neue Fachausschüsse gestartet

Der Kreisvorstand der Frankfurter CDU hat im Frühjahr neue Leitungen für die Fachausschüsse unserer Partei berufen. Danach gibt es in der Arbeitsperiode 2025/2026 zwölf Fachausschüsse, deren Themensetzung und Leitungsteams Sie der Grafik auf dieser Seite entnehmen können.

Unsere Fachausschüsse, das Rückgrat der inhaltlichen Arbeit der CDU Frankfurt, sind Orte des Austauschs, der Expertise und der politischen Ideenfindung. Hier diskutieren engagierte Mitglieder mit fachlichem Hintergrund oder besonderem Interesse an einem Thema über konkrete Herausforderungen und weiterführende Lösungsvorschläge unter Einbindung von sachkundigen Referenten. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen über unsere Gremien in den weiteren politischen Prozess ein. Bestes Beispiel hierfür ist unser Programm für die im nächsten Jahr stattfindende Kommunalwahl, das wir aktuell in der Frankfurter CDU gemeinsam aufstellen. Die Beiträge hierzu aus den Fachausschüssen waren das Fundament für den vom Kreisvorstand vorgelegten Programmentwurf.

Schon in den vergangenen Jahren haben die Ausschüsse wertvolle Impulse gegeben: von der Stadtentwicklung über Fragen der inneren Sicherheit bis zur Digitalisierung oder Energieversorgung. Mit der nun erfolgten Neubesetzung ihrer Leitungen möchten wir die Beteiligung noch stärker fördern, neue Perspektiven einbringen und gezielt jüngeren Mitgliedern Verantwortung geben. Die politische Aktivität unserer Mitglieder beginnt nicht erst im Parlament – sie beginnt hier bei uns in der Partei, in der programmatischen Arbeit vor Ort!

Bei der Neubesetzung der Fachausschüsse war dem Kreisvorstand wichtig, eine gute Mischung aus Erfahrung und frischen Ideen zu finden. Die neuen Leitungsteams bringen regelmäßig schon Leitungserfahrung aus anderen Bereichen der Partei oder der persönlichen Berufspraxis mit. Mit der Bereitschaft, sich zusätzlich zu ihrem oft schon stark ausgefüllten Lebensalltag in dieser Funktion für die CDU und andere Mitglieder einzubringen, setzen sie ein wichtiges Zeichen für das Ehrenamt und für die Relevanz der inhaltlichen Arbeit in unserer Partei.

Als Kreisvorstand erhoffen wir uns von der neuen Arbeitsperiode 2025/2026 bei den Fachausschüssen nicht nur eine weiter steigende Aktivität der CDU Frankfurt in Sachfragen, sondern auch eine noch intensivere Beteiligung unserer Mitglieder. Jeder Ausschuss steht allen Interessierten offen – ob langjähriges Mitglied oder ganz neu dabei. Die Mitarbeit lohnt sich: Man bekommt Einblick in aktuelle Themen, diskutiert mit Fachleuten und kann konkrete Ideen selbst einbringen. Ich lade Sie herzlich ein, sich in unseren Fachausschüssen aktiv zu beteiligen – mit Ihren persönlichen Erfahrungen, Ihrer Expertise und Ihrer Perspektive!

Auf unserer Webseite www.cduffm.de können Sie sich unter „Mitmachen“ in der Rubrik „Fachausschüsse“ einen guten Überblick über die neuen Ausschüsse verschaffen und sich jederzeit bei diesen anmelden. Wichtig: Nur die registrierten Mitglieder eines Fachausschusses werden zu dessen Veranstaltungen eingeladen.

Dr. Nils Kößler

Außen- und Verteidigungspolitik

Leitung: Imre Bartal,
Kristina Filippi

Bildung

Leitung: Angela Röhring,
Prof. Dr. Melanie Wald-Fuhrmann

Digitalisierung

Leitung: Christian Valerian Friesen,
Johannes Karsch

Europa & Internationales

Leitung: Jeffrin Leidenfrost,
Marc Christoph Schumacher

Finanzplatz und Kapitalmarkt

Leitung: Carsten von Drathen,
Simon Müller

Gesundheit & Pflege & Senioren

Leitung: Christian Ewel,
Cornelia Sammet

Klimaschutz, Energie & Biodiversität

Leitung: Dr. Anja Kruse,
Alexander Münter

Kunst, Kultur, Innovation & Start-Up

Leitung: Frank Lautenschläger

Sicherheit & Polizei & Gewaltprävention

Leitung: Prof. Dr. Milena Noll,
Wolfgang Rieken

Stadtentwicklung & Wohnen

Leitung: Martin Mohr,
Dr. Frank Somogyi

Verkehr, Mobilität & Logistik

Leitung: Dr. Andreas Feldmar,
Frank Nagel

Wirtschaft

Leitung: Dr. Veronica Fabricius,
Christoph Fay

Bahnhofsviertel:

Ein Zentrum für Crack-Konsum lehnen wir ab!

Foto: Pixabay



Frankfurter Hauptbahnhof



Dr. Nils Köbler

Nach Auffassung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Nils Köbler wird das von Sozialdezernentin Elke Voitl (Grüne) geplante neue Crack-Zentrum noch mehr Drogensüchtige anziehen und damit die Probleme im Bahnhofsviertel verstärken. Er fordert stattdessen ein Hilfezentrum mit Gesundheits-, Sozial- und Hygieneschwerpunkt zur besseren Betreuung der drogenkranken Menschen.

Köbler bezweifelt, dass mit dem in der Niddastraße geplanten Crack-Zentrum echte Suchthilfe erreicht wird. „In dem Konzept von Stadträtin Voitl ist für uns keine klare Therapieorientierung erkennbar. Die Süchtigen werden lediglich ‚verwaltet‘ und nicht aktiv für eine Besserung ihrer gesundheitlichen Situation behandelt.“ Aus Sicht der CDU müsse hingegen auch das Ziel der Abstinenz eine Rolle spielen: „Wir dürfen als humane Gesellschaft und soziale Stadt nicht hinnehmen, dass immer mehr Menschen Crack konsumieren, ernsthaft erkranken und komplett verelenden. Wir vermissen hier ein klares Zeichen des Magistrats, dass über die Schadensminderung hinaus auch eine echte Perspektive auf Suchtüberwindung vermittelt wird!“

Mit den im neuen Zentrum bisher geplanten „Rauchräumen“ ist für Köbler die Gefahr verbunden, dass sich ein neuer lokaler Drogenschwerpunkt im Bereich nördlich des Hauptbahnhofs entwickelt. Auch deshalb trete die CDU-Fraktion für dezentrale, über das Bahnhofsviertel verteilte Konsumräume in bestehenden

Einrichtungen ein. Als zusätzliche Einrichtung fordere die CDU seit mehr als zwei Jahren ein Hilfezentrum, in dem nicht der Konsum, sondern Therapie, psychosoziale Betreuung sowie hygienische und medizinische Versorgung im Mittelpunkt stehen. Mit Unterstützung einer robusten Sozialambulanz könnten die Drogenkranken in diese Einrichtung gelenkt werden. „Das deutschlandweit erste Crack-Zentrum in der Niddastraße jedoch wird als Komplettangebot die Attraktivität Frankfurts als Anlaufpunkt für auswärtige Drogensüchtige und damit auch für Dealerkriminalität erhöhen. Das ist nicht die richtige Weiterentwicklung des ‚Frankfurter Weges‘, den wir in der Vergangenheit mitgetragen haben – ein Ansatz, der sich gerade durch die Balance zwischen Überlebenshilfe, Schadensminderung und ordnungspolitischer Verantwortung auszeichnete.“

Köbler sieht in dem Plan für ein dezidiertes Crack-Zentrum ein weiteres Problem: „Der rasant gefährliche Vormarsch von Fentanyl bleibt völlig unbeachtet. Die Dezernentin verliert darüber kein Wort und beschränkt sich stattdessen auf die Forderung des Ermöglichens von Drug-Checking, das für die Bewältigung dieser neuen Dimension der Suchtkrise bei weitem nicht ausreicht.“ Für eine Neuausrichtung der Frankfurter Drogenpolitik müssten Köbler zufolge auch die polizeilichen Maßnahmen weiter verstärkt werden. „Repression ist eine zentrale Säule des ‚Frankfurter Weges‘. Diese Säule wurde durch die Frankfurter Koalition in den letzten drei Jahren ver-

nachlässigt.“ Lediglich Innenministerium und Landespolizei hätten hier echten Einsatz gezeigt. Die CDU Frankfurt wolle Drogenkriminelle aus dem Bahnhofsviertel verdrängen, indem sie ein Aufenthaltsverbot erhalten. „Das ist ein probates Mittel, um gegen die Dealer vorzu gehen, die dort immer wieder auftauchen“, ist Köbler überzeugt. Das solle neben der Landespolizei in Zukunft die Stadtpolizei umsetzen.

Insgesamt sieht Köbler in dem vom Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) vorgestellten 7-Punkte-Plan einen wichtigen Impuls für eine Wende zum Besseren im Bahnhofsviertel. „Der Bereich am Hauptbahnhof ist das Entrée unserer Stadt. So, wie es jetzt dort ist, kann es nicht weitergehen. Wir brauchen mehr Härte und Repression, aber auch mehr Hilfe für die Drogenkranken“, fasst Köbler die Haltung der CDU-Fraktion zusammen. „Anders als die Frankfurter FDP sehen wir jedoch keine Lösung darin, von heute auf morgen alle bestehenden Konsumräume dichtzumachen.“ (red)



Foto: istockphoto

Die CDU fordert Aufenthaltsverbote für Dealer

SIE WOLLEN MEHR ERFAHREN?

<https://hessen.de/presse/7-punkte-plan-fuer-das-frankfurter-bahnhofsviertel>

7-Punkte Plan der Hessischen Landesregierung für das Bahnhofsviertel

1. **Intensivere Kontrollen**
2. **Härtere Strafen**
3. **Mehr Videoüberwachung**
4. **Bessere Versorgung von Hilfsbedürftigen**
5. **Verlagerung von Beratung, Betreuung und Behandlung**
6. **Mehr Hilfe für Wohnsitzlose**
7. **Verstärkung sozialer Quartiersarbeit**

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Kreisverband
Kurt-Schumacher-Str.
30-32
60313 Frankfurt am Main
Tel. (069) 15 30 99-0
info@cduffm.de
www.cduffm.de

Spendenkonto:

**DE35 5004 0000 0335
5328 01**

Redaktion:

Chefredakteurin:
Claudia Korenke
(V. i. S. d. P.),
Chef vom Dienst:
Thorsten Weber

Freie Autoren:

Dr. Nils Köbler, Dr. Joachim Rotberg, Norbert Altenkamp, Michael Boddenberg, Yannick

Schwander, Pavlos Tschidis, Tom Rausch

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.

Fotografen:

Sven Moschitz, Tobias Kolb, Rainer Beutel,

Volker Dziemballa, Tobias Koch, Dr. Joachim Rotberg

Titelseite Bild:

Sven Moschitz

Herstellung:

Verlags- und Werbe-gesellschaft für politische Meinungsbildung mbH, A&M-Service/Elz

Redaktionsschluss für die nächste

Ausgabe: 01.09.2025

Keine realitätsnahe Verkehrsplanung

CDU-Fraktion lehnt Masterplan Mobilität ab

Foto: Andreas Weber



Die CDU setzt auf den öffentlichen Personennahverkehr



Frank Nagel, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion

Für den verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Nagel, weist der vorliegende Masterplan Mobilität erhebliche inhaltliche und strukturelle Defizite auf. „Er legt keine realitätsnahe, pragmatische Verkehrsplanung für eine wachsende und vielfältige Stadt vor. Vielmehr werden große Teile der Stadtgesellschaft - insbesondere diejenigen, die auf das Auto, den Lieferverkehr oder den Nahverkehr angewiesen sind - nicht angemessen berücksichtigt.“

Für Nagel steht mit dem Plan der Koalition eine ideologisch motivierte Marginalisierung und Behinderung des Autoverkehrs im Vordergrund: „Die Verkehrsmittel werden nicht gleichwertig behandelt. Die Auswahl der Szenarien ist einseitig und manipulativ. Ferner war die Beteiligung der Öffentlichkeit insbesondere im Hinblick auf Wirtschaft und Gewerbe unzureichend und die Kommunikation widersprüchlich.“ Es fehle an konkreten Maßnahmen, verlässlichen Zeithorizonten, verständlicher Kommunikation und belastbaren Strategien, sagt der Stadtverordnete. „Notwendige Projekte wie Park-and-Ride-Angebote oder ein modernes Verkehrsleit- und Informationssystem werden weiterhin verschleppt.“

Nach Auffassung des CDU-Verkehrsexperten erwarten die Bürger eine realitätsgerechte und pragmatische Verkehrspolitik, die Ihnen bei der Bewältigung des Alltags hilft. „Das gelingt nur mit einem Mobilitätsmix, also dem sinnvollen Zusammenspiel aller Verkehrsmittel - Auto, ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr. Der Masterplan hat jedoch eine einseitige Fixierung auf den Fahrradverkehr, alles andere kommt zu kurz. Das Auto wird geradezu zum Feindbild erklärt. Ideologie ersetzt hier Realität – das wird den Herausforderungen des Alltags nicht gerecht.“

Neuer Plan muss integrieren

Für Nagel ist eine Neuaufstellung des Masterplans erforderlich. „Ein neuer Plan muss vor allen Dingen von dem Geist und der Bereitschaft getragen sein, unvoreingenommen die Bedürfnisse der Menschen aufzugreifen. Alle, auch die Gewerbetreibenden, müssen sich sicher sein können, dass Ihre Anliegen zumindest ernsthaft behandelt werden. Damit kann eine integrierende Atmosphäre der vertrauensvollen Zusammenarbeit geschaffen werden, die es erlaubt, durch einen Ausbau des ÖPNV-Angebots und sinnvolle Fahrradwege den Autoverkehr zu verringern, ohne ihn pauschal zu verdrängen.“ (red)

Bezahlkarte konsequent umsetzen – keine halben Sachen

*Neues System muss für alle Asylbewerber mit Leistungsbe-
rechtigung gelten*



Sabine Fischer, sozialpolitische Sprecherin

**Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Sa-
bine Fischer, sieht in der Bezahlkarte für Asylbewerber
ein wichtiges Instrument zur Begrenzung der irregulären
Migration und fordert deshalb den Magistrat auf,
seine Blockade bei der Einführung in Frankfurt zu be-
enden.**

„Sozialdezernentin Elke Voitl (Grüne) ist bisher nicht be-
reit, die Bezahlkarte für Bestandsfälle einzuführen und
setzt sie nur dort um, wo es sich nicht mehr verhindern
lässt – nämlich für neu zugewiesene Migranten, die be-
reits in Erstaufnahmeeinrichtungen eine Karte erhalten
haben. Damit wird die Maßnahme bewusst verwässert
und ihr eigentlicher Zweck unterlaufen“, so Fischer, die
ganz klar verlangt: „Der Magistrat muss jetzt ein Konzept
zur flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte er-
arbeiten und dessen schnelle Umsetzung sicherstellen.“

Die Bezahlkarte als guthabenbasierte Debitkarte ohne
Kontobindung wurde in Hessen eingeführt, um Miss-
brauch von Sozialleistungen zu erschweren. Sie soll hel-
fen, Bargeldzahlungen an Schleuser zu unterbinden und
sicherzustellen, dass staatliche Unterstützung tatsäch-
lich für den Lebensunterhalt genutzt wird. „Der Anreiz,
ohne Asylgrund nach Deutschland zu kommen, reduziert
sich dadurch“, so Fischer. Während andere Kommunen
wie der Landkreis Marburg-Biedenkopf konsequent vor-
gingen, bleibe Frankfurt auf halbem Weg stehen, nicht
aus technischen, sondern aus ideologischen Gründen.
„Die Weigerung der Grünen, die illegale Migration wirk-
sam zu bekämpfen, spricht leider für sich. Das System
der Bezahlkarte muss in Frankfurt ohne Ausnahmen für
alle Anspruchsberechtigten gelten!“, so die Stadtverord-
nete. (red)

Viel Geld für leere Versprechen

Kritik an neuer „Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung“



Anita Akmadža, Sprecherin für Diversität, Zusammenhalt, Be-
teiligung und Europa

**Die CDU-Fraktion kritisiert die vom Magistrat vorge-
legte Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung als
„Luftnummer“, die nur zu mehr Enttäuschung bei den
Bürgern führen wird.**

„Die neue Richtlinie ist ein teures ‚Bürokratiemonster‘,
das schon bis zur Beschlussfassung rund 350.000
Euro für Agenturhonorare, Anschubfinanzierungen und

Personal gekostet hat. Wichtiger wäre es gewesen,
vorhandene Strukturen zu stärken und erleichterte Zu-
gänge für alle zu schaffen. Vor allem muss die Wahl-
beteiligung bei Kommunalwahlen gesteigert werden“,
erklärt die Sprecherin für Beteiligung, Anita Akmadža.

Die neue Richtlinie aus dem Dezernat von Stadträ-
tin Eileen O’Sullivan (Volt) soll eine „transparente und
frühzeitige Planung von Beteiligungsprozessen“ er-
möglichen, die über die gesetzlich vorgeschriebenen
Verfahren hinausgehen. Magistratsbeschlüsse für die
Stadtverordnetenversammlung sollen künftig Vorschlä-
ge zur Bürgerbeteiligung enthalten.

„Die Bürger wollen kein bürokratisches Verfahren als
Selbstzweck, sondern konkrete Ergebnisse: sanierte
Schulen, saubere Spielplätze und eine pünktliche U-
Bahn. Die einfache Formel lautet: gut kommunizieren,
zügig entscheiden und lösungsorientiert umsetzen. Das
sind die einfachen politischen Rezepte, die Menschen
endlich mehr einzubinden“, ist Akmadža sicher. (red)

Sportvereinen Hallenplanung digital erleichtern

*CDU-Fraktion fordert Modernisierung
der Sportstättenvergabe*

Bisher muss die Nutzung einer Sportanlage per E-Mail beantragt oder telefonisch erfragt werden. Für Hallennutzungen während der Schulferien muss ein Antragsformular ausgefüllt und ebenfalls, mit Abgabefrist, per E-Mail eingereicht werden. Das ganze Verfahren ist umständlich, nicht transparent und deshalb auch nicht mehr zeitgemäß. Es braucht also dringend ein Update.“ Die CDU will genau das erreichen: „Ein geeignetes Buchungstool muss beschafft und freigeschaltet werden, auf das alle zugreifen können. Der Einsatz einer solchen Software reduziert sowohl für die Vereine wie auch für die Stadt den Verwaltungsaufwand und senkt die Betriebskosten.

Die Umstellung bringt eine moderne Dienstleistung für alle, die ihre Anträge für Nutzungszeiten in den Sportstätten zukünftig direkt über das Sportstättenportal stellen können.“, so Friedrich. Für die Stadtverordnete ist dabei besonders wichtig, dass online sofort ein Überblick über Belegungszeiten und Ausnutzung verfügbar ist. „Das ist derzeit nicht möglich und macht die Abläufe so schwerfällig und kompliziert. Der Magistrat muss das Thema jetzt entschlossen angehen und die digitale Sportstättenvergabe einführen!“ (red)



Foto: Pixabay Planet Fox

Das Frankfurter Sportamt verwaltet die Belegung in über 180 Sporthallen

Grünschnitt kostenlos abholen

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Yannick Schwander, fordert für Vereinsgrundstücke einmal jährlich eine kostenlose Entsorgung von Grünschnitt.

Viele Kleingartenvereine, aber auch Sportvereine mit eigenen Grünflächen haben regelmäßig im Jahr Grünschnitt, der in größeren Mengen entsorgt werden muss.

Für einen abschließbaren Container mit 10 Kubikmetern und dazu die Entsorgung kommen sehr schnell Kosten von rund 250 Euro zusammen. „Das belastet die Kasse der gemeinnützigen Vereine beträchtlich, wenn Grünschnitt-Aktionen mehrmals im Jahr stattfinden. Einmal im Jahr soll das der Magistrat daher den Vereinen kostenlos anbieten“, so Schwander.

In Zusammenarbeit mit der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) kann im Herbst eines jeden Jahres der in solchen Anlagen anfallende Grünschnitt kostenfrei abgeholt werden. „Die kostenlose Bio-Tonne für Privathaushalte macht es bereits erfolgreich vor: Grünschnitt und Gartenabfälle gelangen für neue Ressourcen wie Dünger oder Biogas für Strom und Wärme in eine robuste Kreislaufwirtschaft. Auf Vereinsanlagen fällt ein Vielfaches an Laub oder Baumschnitt an. Wenn er nicht vor Ort verkompostiert wird, ist eine umweltfreundliche Verwertung über die Biokompostanlage in Frankfurt erste Wahl“, ist Schwander sicher. „Diese Dienstleistung für die Vereine muss die Stadt endlich kostenfrei anbieten. Davon haben alle etwas“, so der Stadtverordnete. (red)



Foto: Pixabay/Alexander Fox

Grüner Wertstoff – auch zur Energieerzeugung.

Foto: Roberg



Zwischen Praunheim und Nordweststadt können Wohnungen entstehen

Wohnraum schaffen, Flächen schonen

Der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Albrecht Kochsiek, begrüßt den Beschluss der Regionalversammlung zum Zielabweichungsverfahren für ein Baugebiet im Frankfurter Nordwesten.

„Es gibt jetzt Klarheit darüber, dass an die Entwicklung des ‚Stadtteils der Quartiere‘ bestimmte Auflagen geknüpft sind. Damit wird der Verbesserungsbedarf beim geplanten Wohnungsbau und seinen klimatischen und verkehrlichen Auswirkungen auf Niederursel, Nordweststadt und Praunheim anerkannt.“

Frankfurt hat eine enorme Nachfrage für neue Wohnungen und Eigenheime. „Als CDU sehen wir in dem Quartier ‚Produktives Praunheim‘, einem verkleinerten ‚Lachgrabenquartier‘ sowie dem Verzicht auf die sogenannte ‚Neu-Weststadt‘ die beste Lösung. Damit können für Frankfurt am schnellsten, aber auch verträglichsten neue Wohnungen für mehrere tausend Menschen entstehen“, so der Stadtverordnete. Kochsiek erwartet, dass weitere Entwicklungsfaktoren sorgfältig geprüft werden, wenn die einzelnen Bebauungspläne anstehen. (red)

Verschleppte Bebauungspläne zügig abschließen

Entscheidungen zu Wohn- und Gewerbegebieten müssen schneller fallen

Der CDU-Stadtverordnete Thomas Dürbeck fordert Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) auf, 20 verschleppte Bebauungsplanverfahren noch 2025 fertigzustellen.

„Der Magistrat beklagt immer wieder einen massiven Mangel an Wohnraum in Frankfurt. Doch warum schließt er dann nicht endlich die über Jahre unbearbeiteten Bebauungspläne aus den Jahren 2010 bis 2017 ab? Statt über neue Projekte wie den ‚Stadtteil der Quartiere‘ zu reden, sollte Stadtrat Gwechenberger zunächst die bestehenden Verfahren zügig abschließen.“ Ein umfangreicher Antrag der CDU-Fraktion legt das Maß an falschen Schwerpunktsetzungen im Planungsdezernat erneut offen. „Besonders absurd ist, dass das Verfahren Nr. 880 zum Gebiet der Günthersburghöfe nicht einmal mehr bearbeitet wird – trotz seines enormen Potenzials für Wohnraum!“, so Dürbeck. Der Stadtverordnete und Planungspolitiker hält es angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums in Frankfurt und bei den hohen Baukosten für ein fragwürdiges Signal aus dem Magistrat, so gut wie kein neues Baurecht zu schaffen. „Das schadet dem Standort Frankfurt.“ (red)

Wie Sie uns digital erreichen:

Abonnement des Newsletters:

www.cdu-fraktion-frankfurt.de/newsletter


Natürlich finden Sie unsere Infos auch auf der Webseite und in den Sozialen Medien:

 www.cdu-fraktion-frankfurt.de

 info@cdu-fraktion-frankfurt.de

 facebook.com/cdufraktionffm

 instagram.com/cdufraktionffm

 x.com/cdufraktionffm

Bernd Heidenreich 70 - ein Geburtstag, der uns beschenkt

Foto: Stadt Frankfurt



Geburtstagesgeschenk von MP Boris Rhein

Es gibt ein Problem mit Dr. Bernd Heidenreich: Man weiß nicht, was man ihm schenken soll. Das zumindest befand der Ministerpräsident. „Wir haben es wirklich versucht, sagte Boris Rhein im Kaisersaal, „aber alle Ehrungen und Auszeichnungen, die wir zu vergeben haben, wurden Dr. Heidenreich schon verliehen.“ Und so gab es ein Buchgeschenk anlässlich des 70. Geburtstages des Stadtrates, – der allerdings auch so manches Buch hat oder selbst schrieb – und es gab viel Wein und viel Ehr`.

Das Defilee dauerte. Eigentlich war es kein Defilee, es war ein Aufstieg zum Jubilar, der am Kopf der großen

Römertreppe einen Jeden und eine Jede begrüßte und Wünsche entgegennahm.

Dann – wir sprechen vom 29. April – schritt man in den Kaisersaal. Versammelt waren: die Kinder und der Klerus, die ehemaligen, gegenwärtigen und wahrscheinlich künftigen Politiker, Freunde und Frau – die wunderbare Annerose Heidenreich, auch sie politisch engagiert. Der Ansprachen gab es zahlreiche, aber keine übertraf die Qualität der Dankesworte von Bernd Heidenreich. Ein Politiker, der reden kann, ein Politiker, der schreiben kann – und wer dies für ein wohlfeiles geburtstägliches Lob hält, möge sich bei Wikipedia versichern: unter „Schriften (Auswahl)“ folgt eine ebenso lange wie unvollständige Liste. Sein Motto, entnommen seinem Portrait auf der Seite der Stadt Frankfurt, liefert kein Geringerer als Friedrich Schiller: „Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht sein Geschöpf.“ Dem ist nichts hinzuzufügen – oder doch:

Er hatte sich schottische Weisen gewünscht als musikalische Untermalung im Kaisersaal – und das war überraschend und anrührend. In Schottland, so sagte er, könne er ganz abschalten, sein Frankfurter Dasein vergessen.

Gott behüte!

Claudia Korenke

Frankfurter CDU beim Stammtisch

Der erste kreisweite Stammtisch der CDU Frankfurt fand im März in der Weinstube im Römer statt. Die Idee eines kreisweiten Stammtisches kam von den Mitgliedern unserer Partei und wurde im Kreisvorstand gerne und dankend aufgegriffen.

Die Veranstaltung gibt jedem Mitglied unserer Partei die Möglichkeit, in einem ungezwungenen Rahmen bei einem kühlen Getränk, sowohl mit Kollegen aus anderen Stadtbezirksverbänden als auch mit Mitgliedern des Kreisvorstandes oder der Fraktion ins Gespräch zu kommen. Diskutiert wurde über stadtteilspezifische und Frankfurter Themen, sowie über die Bundespolitik. Der rege Austausch der einzelnen Vertreter der Stadtbezirksverbände und die Möglichkeit, zukünftige Ver-

anstaltungsideen in einem breiten Kreis zu diskutieren, wurde von vielen Interessierten aufgegriffen. Mit 40 Teilnehmern war der erste kreisweite Stammtisch eine gelungene Auftaktveranstaltung. Dabei waren sich alle einig, dass solche Veranstaltungsreihen öfter angeboten werden sollen. Die Möglichkeit, sich untereinander austauschen zu können, Ideen und Vorschläge ausdiskutieren zu können, wurde dabei überaus positiv aufgenommen.

Zunächst soll die Veranstaltung in diesem Jahr einmal pro Quartal stattfinden. So laden wir denn ein zum nächsten Stammtisch am 25. Juni 2025.

Pavlos Tsachidis

Eine überzeugte Kulturpolitikerin mit Herz und Weitblick

Die CDU Frankfurt hat mit großer Betroffenheit die Nachricht vom Tode ihres lang jährigen Mitglieds Dr. Helga Budde aufgenommen, die am 12. Mai im Alter von 93 Jahren gestorben ist. Dr. Nils Köbler, Parteivorsitzender und Vorsitzender der CDU-Römerfraktion, zeigte sich tief betroffen vom Tod der beliebten Politikerin: „Kaum eine andere Persönlichkeit der Frankfurter CDU stand so wie Helga Budde für die gesellschaftspolitische und soziale Bedeutung von Kunst und Kultur ein. Ihr Tod bedeutet für unsere Partei einen sehr großen Verlust.“ Helga Budde war seit 1972 Mitglied der Frankfurter CDU und wirkte als Richterin, Regierungsrätin in der Finanzverwaltung und Fachanwältin für Steuerrecht. Von 1977 bis 2001 und damit über 20 Jahre war sie als ehrenamtliche Stadträtin Mitglied des Frankfurter Magistrats. „In dieser Zeit machte sich die

überzeugte Theaterliebhaberin als ‚heimliche Kulturdezernentin‘ der Stadt Frankfurt verdient und betätigte sich im Verhältnis zu vielen Künstlern und Kulturmachern als Brückenbauerin“, so Köbler. „Dadurch gelang es auch, die Union als Freundin und Förderin der Frankfurter Kunstszenen zu etablieren.“ Für ihre herausragenden Leistungen wurde sie mit der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt ausgezeichnet und außerdem im Jahr 2001 zur Städtältesten ernannt. Budde war darüber hinaus Mitbegründerin des hessischen Elternvereins, Vorsitzende der Pestalozzi-Stiftung und Ehrenvorsitzende der Frankfurter Museums-Gesellschaft e.V. „Sie hat für die Stadt Frankfurt und die CDU Frankfurt viel erreicht“, so Köbler. „Helga Budde war eine überzeugte Kulturpolitikerin mit Herz und Weitblick. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.“ (red)

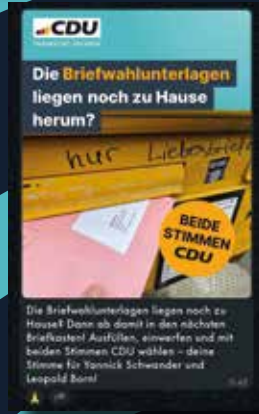
Ein markanter Jurist und Grandseigneur der Frankfurter CDU

Der frühere Stadtverordnete Prof. Dr. Alexander Riesenkauff ist im Alter von 88 Jahren gestorben. „Wir trauern um einen Grandseigneur der Frankfurter CDU. Mit seinem Gespür für nötige Veränderungen hat der markante Jurist zu Beginn der siebziger Jahre den erfolgreichen Kurs einer erneuerten Frankfurter CDU in der Ära von Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann mit vorbereitet. Dabei wurde ihm der CDU-Stadtbezirksverband im Stadtteil Westend zur politischen Basis, wo Auseinandersetzungen um Stadtentwicklungsfragen eine große Rolle spielten. Alexander Riesenkauff hat die CDU im Westend nachhaltig als bürgerliche Partei verankert“, würdigt der CDU-Fraktions- und Parteivorsitzende Dr. Nils Köbler den Verstorbenen.

Alexander Riesenkauff war seit 1969 CDU-Mitglied und von 1972 bis 1977 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Dort vertrat er die CDU im Wirtschaftsausschuss sowie in der Betriebskommission für die städtischen Marktbetriebe. Er gehörte viele Jahre dem CDU-Kreisvorstand an, war von 1971 bis 1989 erfolgreicher Vorsitzender und zuletzt Ehrenvorsit-

zender des CDU-Stadtbezirksverbandes Westend. In zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen hat sich der Verstorbene engagiert, etwa als Ehrenpräsident des für den internationalen Dialog der Nationen und Kulturen in Frankfurt wichtigen Union International Club. Weiterhin brachte der überzeugte Europäer als langjähriger Honorarkonsul von Finnland viele Menschen zu verbindendem Austausch zusammen. Nach Erreichen der Altersgrenze in seiner damaligen Anwaltskanzlei spezialisierte sich der Experte für Kartellrecht und Honorarprofessor der Universität Freiburg 2011 auf die Beratung von westeuropäischen und nordamerikanischen Mandanten mit einem Bezug zu Osteuropa und dem Baltikum. 2014 erhielt Riesenkauff für seine Verdienste um die Förderung der deutsch-finnischen Beziehungen aus der Hand des finnischen Staatspräsidenten das Komturkreuz des Ordens des Löwen von Finnland.

„Die Frankfurter CDU wird Prof. Dr. Alexander Riesenkauff ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Gedanken sind bei seiner Ehefrau und seinen Kindern“, so Köbler. (red)



Wir auf Social Media

